Beschluss des Landesvorstandes der CDU Saar vom 3. März 2015

## Absoluter Vorrang für Mensch und Natur bei Grubenwasserhaltung

Die CDU Saar nimmt die Sorgen und Befürchtungen der Menschen in unserem Land ernst, die im Zusammenhang mit den Veränderungen bei der Grubenwasserhaltung entstanden sind.

Die Thematik um die Flutung von Bergwerken hat erst nach dem Auslaufen des Bergbaus eine hohe Aktualität erfahren. Es geht hierbei um hochsensible Schutzgüter wie das Grund- und Trinkwasser ebenso wie mögliche Erschütterungen, Austritt von Methangas und eine drohende Vernässung an der Oberfläche. Das Thema ist insgesamt von hoher Komplexität und bedarf deshalb eines sorgsamen Umgangs.

Das Saarland ist in der privilegierten Situation, dass praktisch der gesamte Trinkwasserbedarf aus hochwertigen Grundwasservorkommen gedeckt werden kann und zur Trinkwasserversorgung nicht auf aufbereitetes Oberflächenwasser zurückgegriffen werden muss. Es muss deshalb alles getan werden, um diesen Schatz vor Beeinträchtigungen zu schützen.

Entscheidungen der Landesregierung in diesem Zusammenhang – insbesondere über den möglichen Antrag der RAG über die Einstellung des Abpumpens von Grubenwasser – sind daher nicht nur für die vom Bergbau unmittelbar betroffenen Gemeinden, sondern für das Saarland insgesamt von großer Bedeutung.

Die CDU Saar wird sich deshalb weiterhin unaufgeregt, aber intensiv und sorgfältig mit den damit verbundenen Fragestellungen beschäftigen. In Kenntnis der Sorgen der Bürgerinnen und Bürger um die Zukunft von Mensch und Natur in unserem Land richten wir folgende Forderungen an die RAG als das verantwortliche Unternehmen sowie an die Politik:

Wir fordern das Unternehmen RAG auf, größtmögliche Transparenz und Information der Bevölkerung in Bezug auf jegliche Änderungen bei der Grubenwasserhaltung im Saarland zu gewährleisten. Die RAG steht in der politischen Pflicht, über sämtliche Vorhaben und Maßnahmen breit und offen zu informieren und die Bürgerinnen und Bürger wie auch die kommunalpolitisch Verantwortlichen als Partner in diesem Prozess ernst zu nehmen. Eine Beschränkung dieser Informationspflichten lediglich auf das, was gesetzlich vorgeschrieben ist, schafft keine Vertrauensbasis. Auch in den kommunalen Räten werden wir als CDU nähere Informationen hierzu einfordern.

 Wir fordern alle mit der Thematik befassten Behörden und die Landesregierung auf, diese Informationsarbeit als neutrale Stelle zu unterstützen. Das bedeutet für uns, dass bei allen anstehenden Verfahren eine ausführliche und frühzeitige Bürgerbeteiligung durchzuführen ist. Nur durch Transparenz, Offenheit im Verfahren sowie eine unvoreingenommene Prüfung aller relevanten Fragestellungen kann Vertrauen geschaffen werden.

Wir fordern RAG und Landesregierung dazu auf, dass begleitend zu allen die Grubenwasserhaltung betreffenden Verfahren eine unabhängigen Stelle als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger sowie als Moderator der diese betreffenden Diskussionen eingerichtet wird. Diese soll weisungsunabhängig von RAG und Politik die Informationen aus den Verfahren zur Grubenwasserhaltung aufarbeiten und den Bürgern zur Verfügung stellen.

Bei den bereits laufenden Teilflutungen wie auch bei den noch anstehenden Genehmigungsverfahren ist sicher zu stellen, dass erstens die natürliche Barriere zwischen dem Grubenwasser und den Trinkwasservorkommen im Sinne des Vorsorgeprinzips bestehen bleibt.
Das Vorsorgeprinzip der Trinkwasserwirtschaft gebietet es zweitens zusätzlich, dass sowohl das Grubenwasser wie auch die für die Trinkwassergewinnung genutzten Rohwässer im Saarland auf verschiedene Schadstoffe und Leitparameter (über die aktuell diskutierte PCB-Problematik hinaus) untersucht werden. Ein solches Vorgehen ermöglicht es, dass auch im unwahrscheinlichen Falle eines Einreißens der Barriere zwischen Grubenwasser und Trinkwasservorkommen dieses schon frühzeitig erkannt werden kann. Für eine solche vorsorgende Wasseranalytik hat z. B. das Umweltbundesamt Vorschläge erarbeitet.

Für die CDU Saar ist eines klar: Die Interessen von Mensch und Natur müssen bei allen Genehmigungsverfahren absoluten Vorrang haben. Solange und soweit eine Gefährdung von Mensch und Natur in Bezug auf Grund- und Trinkwasserschutz, Gasaustritt, Erschütterungen oder ähnliches nicht zuverlässig ausgeschlossen werden kann, kommt für uns eine Genehmigung von Flutungen auch weiterhin nicht in Betracht.

Die CDU Saar steht an der Seite der Menschen, die sich um die ökologischen Folgen der Grubenwasserhaltung sorgen. In diesem Sinne werden wir uns auch künftig in der Landesregierung einsetzen.